

Lenze, Anne

## **Sozioökonomische Anreize für kinderlose Lebenskonzepte und ihre familienpolitische Hypothek**

*Forum Erwachsenenbildung 50 (2017) 4, S. 31-35*



Quellenangabe/ Reference:

Lenze, Anne: Sozioökonomische Anreize für kinderlose Lebenskonzepte und ihre familienpolitische Hypothek - In: Forum Erwachsenenbildung 50 (2017) 4, S. 31-35 - URN: urn:nbn:de:0111-pedocs-227722 - DOI: 10.25656/01:22772

<https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:0111-pedocs-227722>

<https://doi.org/10.25656/01:22772>

in Kooperation mit / in cooperation with:



**WAXMANN**  
[www.waxmann.com](http://www.waxmann.com)

<http://www.waxmann.com>

### **Nutzungsbedingungen**

Gewährt wird ein nicht exklusives, nicht übertragbares, persönliches und beschränktes Recht auf Nutzung dieses Dokuments. Dieses Dokument ist ausschließlich für den persönlichen, nicht-kommerziellen Gebrauch bestimmt. Die Nutzung stellt keine Übertragung des Eigentumsrechts an diesem Dokument dar und gilt vorbehaltlich der folgenden Einschränkungen: Auf sämtlichen Kopien dieses Dokuments müssen alle Urheberrechtshinweise und sonstigen Hinweise auf gesetzlichen Schutz beibehalten werden. Sie dürfen dieses Dokument nicht in irgendeiner Weise abändern, noch dürfen Sie dieses Dokument für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, aufführen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Mit der Verwendung dieses Dokuments erkennen Sie die Nutzungsbedingungen an.

### **Terms of use**

We grant a non-exclusive, non-transferable, individual and limited right to using this document.

This document is solely intended for your personal, non-commercial use. Use of this document does not include any transfer of property rights and it is conditional to the following limitations: All of the copies of this documents must retain all copyright information and other information regarding legal protection. You are not allowed to alter this document in any way, to copy it for public or commercial purposes, to exhibit the document in public, to perform, distribute or otherwise use the document in public.

By using this particular document, you accept the above-stated conditions of use.

### **Kontakt / Contact:**

**peDOCS**  
DIPF | Leibniz-Institut für Bildungsforschung und Bildungsinformation  
Informationszentrum (IZ) Bildung  
E-Mail: [pedocs@dipf.de](mailto:pedocs@dipf.de)  
Internet: [www.pedocs.de](http://www.pedocs.de)

Mitglied der

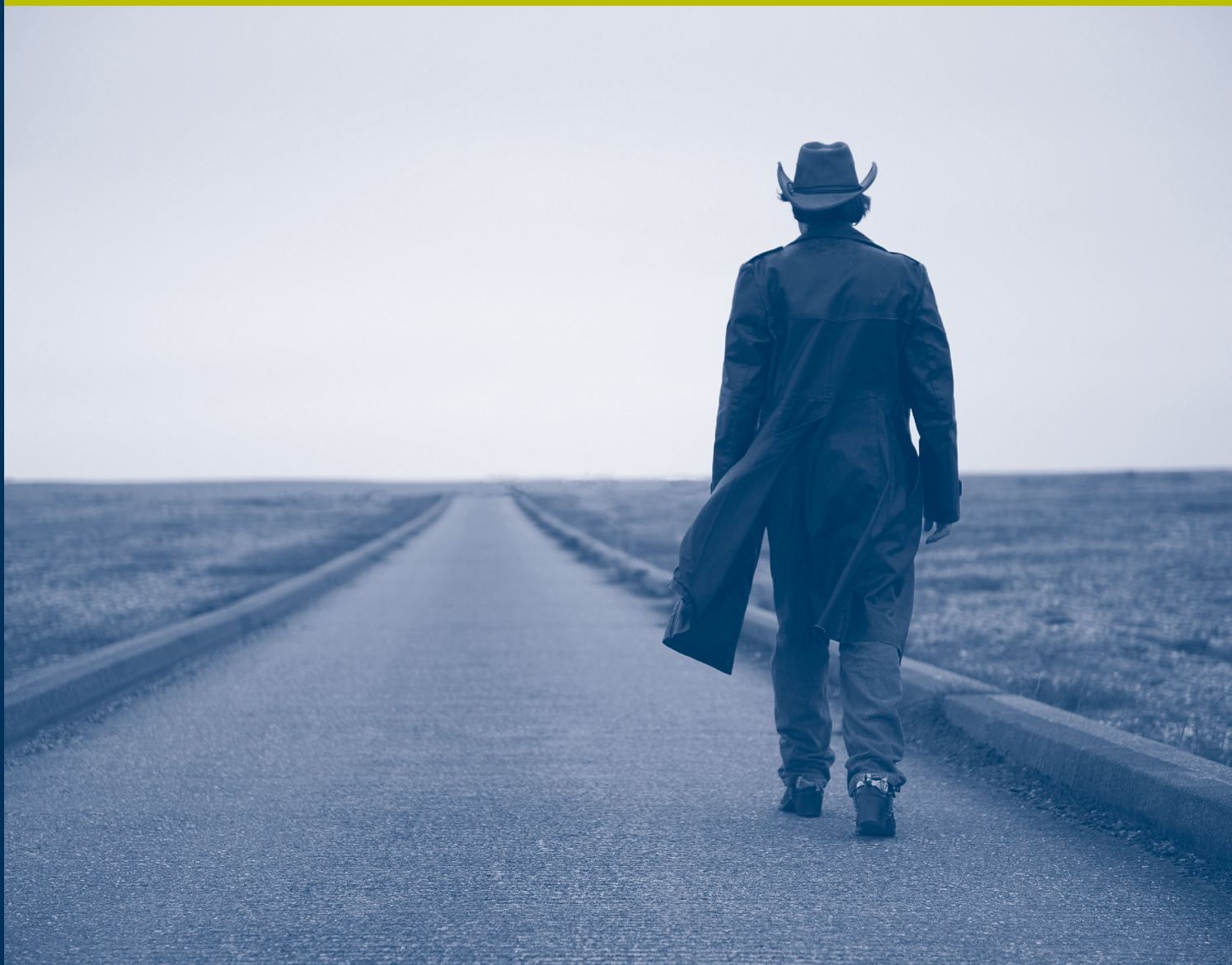
  
Leibniz-Gemeinschaft

# forum erwachsenenbildung

Die evangelische Zeitschrift für Bildung im Lebenslauf

alleinstehend/eigenständig

4/17



## » schwerpunkt – ‚alleinstehend/eigenständig‘

*Melanie Mengel*

Alleinerziehende in der Erwachsenenbildung:

Wie kann „Bildung“ an die besonderen Leistungen dieser Familienform anschließen? ..... 15

Seit jeher richtet sich Erwachsenenbildung auch an Eltern, insbesondere Mütter, die mit ihren Kindern alleine leben. Was bedeutet das Leben in dieser Familienform heute und wie können Bildungsangebote an die vielfältigen Lebensrealitäten von Alleinerziehenden anschließen? Der Blick auf das, was Familien bei der Alltagsbewältigung und Beziehungsgestaltung leisten, eröffnet erwachsenenpädagogische Ansatzpunkte, die auch gesellschaftliche Rahmenbedingungen einbeziehen.

*Wolfgang Lauterbach, Jana Gläßer*

Allein erfolgreich oder allein prekär? Bildungs- und Berufsmerkmale junger Singles..... 20

Das Leben als Single ist gegenwärtig weit verbreitet. Aufgrund eines ambivalenten Bildes, das von „dem Single“ vorherrscht, ist auch die soziale Lage von Singles meist unklar. In dem Beitrag wird gezeigt, dass das Singledasein für Frauen und Männer, die bis ins mittlere Erwachsenenalter niemals oder nur eine äußerst geringe Zeitspanne in einer Partnerschaft verbracht haben, mit unterschiedlichen Lebenslagen einhergeht.

*Christiane Eichenberg, Cornelia Küsel*

Singles, Beziehungssuche und Familiengründung im Internet: Motivationen, Besonderheiten und Trends ..... 26

Die Digitalisierung der Lebenswelt hat in den letzten zwanzig Jahren verändert, wie Intimbeziehungen angebahnt, entwickelt und beendet werden. Singles frequentieren das Internet diesbezüglich sehr stark, vor allem die explizit auf sie zugeschnittenen „Börsen“. Welches spezielle Nutzerverhalten lässt sich hier feststellen, wie entwickeln sich die hier geknüpften Beziehungen, welche Besonderheiten weist das Kennenlernen im Internet auf? – Aus psychologischer Perspektive gibt der Artikel einen konzisen Überblick, in welcher Weise es Singles gelingt, digital sexuelle, romantische und familiäre Beziehungen anzubahnen.

*Anne Lenze*

Sozioökonomische Anreize für kinderlose Lebenskonzepte und ihre familienpolitische Hypothek..... 31

Bei der Sozialversicherung werden Unterhaltspflichten gegenüber Kindern ignoriert: Eltern und Kinderlose werden hier zu Unrecht gleich behandelt. Deswegen reißen hohe und weiterhin gestiegene Sozialversicherungsbeiträge ein Loch in die Familienbudgets, insbesondere in den durchschnittlich und niedrig verdienenden Haushalten. Hierin liegt ein häufig übersehener Grund für die auf hohem Niveau stagnierende Kinderarmut in Deutschland.

## » nicht vergessen!

*Petra Herre*

Von der Normalbiographie zur Wahlbiographie und dem „Netz der Lebensformen“ ..... 36



## » aus der praxis

<i>Joachim Faber</i> „Single sein links und rechts vom Rhein“ .....	6
<i>Sabine Zschüttig, Uli Streib-Brzič</i> „... ob sich die Zeit nachholen lässt?“ Das Modellprojekt Präfix R – Coaching mit inhaftierten Eltern .....	8
<i>Dietmar Lipkow</i> Väter in der Familienbildung – Ein Projektbericht.....	11
<i>Franziska Woellert, Kristin Bergmann</i> Das Evangelische Gütesiegel Familienorientierung stellt sich vor .....	13

## » einblicke

<i>Katrin Lattner</i> Wahlverwandtschaft praktisch: Wie sich Wunschgroßeltern unterstützen lassen.....	37
<i>Halit Öztürk, Sara Reiter</i> Angebote der Familienbildung im Kontext von Migration .....	39
<i>Jürgen Luibl</i> Heilige Sprechblasen. Zum Verhältnis von Comic und Religion .....	41
<i>Annegret Zander</i> Wo bleibt die ästhetische Kompetenz? .....	44
<i>Gertrud Wolf</i> Nie ganz allein – Singles im Internet .....	46

## » service

Filmtipps .....	48
Nachruf auf Werner Schneider-Quindeau .....	49
Publikationen .....	50
Veranstaltungstipps .....	59
Impressum .....	62

# » Sozioökonomische Anreize für kinderlose Lebenskonzepte und ihre familienpolitische Hypothek

Für die folgende Argumentation ist es vollkommen uninteressant, aus welchen Gründen manche Menschen Kinder bekommen, andere bewusst darauf verzichten und wie viele Erwachsene unter ungewollter Kinderlosigkeit leiden. Kinderlosigkeit wird hier als rein sozioökonomische Kategorie und nicht in einem moralischen Sinne verstanden. So sind auch Menschen, deren Kinder finanziell selbständig sind, wieder „kinderlos“. Es geht hier um die Verteilung von sozioökonomischen Ressourcen zwischen Eltern und Kinderlosen insgesamt. Erstaunlicherweise war es das Bundesverfassungsgericht, das 2001 in einer Entscheidung zur Pflegeversicherung das Augenmerk auf die Verteilungswirkungen zwischen Menschen mit und ohne Unterhaltspflichten gegenüber Kindern legte. Mit der sozioökonomischen Betrachtungsweise gelingt es, die Ursachen der immer wieder beklagten Kinderarmut in Deutschland besser zu verstehen. Man sollte meinen, dass eine Gesellschaft, in der sich die Zahl der Geburten seit 1965 halbiert hat, die wenigen Kinder, die sie hat, besonders gut versorgt. Das Gegenteil aber ist der Fall: Die Kinderarmut verharrt seit vielen Jahren auf gleich hohem Niveau<sup>1</sup> – daran hat auch die Halbierung der Arbeitslosigkeit in den letzten Jahren und die enorme Steigerung der Müttererwerbstätigkeit in den letzten Jahrzehnten nichts ändern können.

## I. Eltern und Kinderlose im Sozialstaat

Die Grundmauern des bundesdeutschen Sozialstaats wurden in den 1950er Jahren ausgebaut. Damals ging es vor allem darum, die Hausfrauenehe abzusichern – eine Ehe, in der regelmäßig Kinder geboren wurden und in der die Ehefrau spätestens ab der Geburt des ersten Kindes ihren Beruf aufgab. In jener fernen Zeit galt Kinderlosigkeit als bedauernswertes Schicksal und nicht als eine Frage des Lebensstils. Das Ehegattensplitting, die Witwenrente und die Familienkrankenversicherung flankierten dieses familienrechtliche Modell, in der die Ehefrau auch zivilrechtlich auf die Haushaltsführung verpflichtet war.

In den 1950er Jahren wurden sozialstaatliche Meilensteine gelegt, als mit der Dynamisierung der Rente aus einem Zubrot für Rentner eine den Lebensstandard sichernde Rente wurde und die Versorgung der alten Generation endgültig aus der Zuständigkeit der Familie herausgelöst und der Versichertengemeinschaft übertragen wurde. Der ursprüngliche „Schreiberplan“, der die Anpassung der Renten anhand der Entwicklung der Löhne und Ge-



Prof. Dr. Anne Lenze

Professorin für Soziale  
Sicherung an der  
Hochschule Darmstadt  
anne.lenze@h-da.de

hälter der versicherungspflichtig Beschäftigten vorsah, hatte allerdings auch eine Kollektivierung der Kosten für die junge Generation vorgesehen, die sogenannte „Jugendreute“. Es wurde damals in der Diskussion darauf hingewiesen, dass man andernfalls der Bevölkerung Kinderlosigkeit ökonomisch nahelegen würde. Adenauer soll diesen Einwand mit den Worten weggewischt haben: „Kinder bekommen die Leute immer“.<sup>2</sup> Ganz unsinnig war das nicht, fand die Reform doch zu einem Zeitpunkt statt, als die Geburtenrate ihrem Höhepunkt noch entgegenstrebte.

Womit seinerzeit niemand gerechnet hat, ist mittlerweile eingetreten: Seit den 1970er Jahren befindet sich die Geburtenrate im freien Fall. Jede Generation wird nur noch zu 2/3 von der nachfolgenden Generation ersetzt.<sup>3</sup> Das ist ein demografisches Problem. Aber auch ein Verteilungsproblem:

Hätte jedes Paar in Deutschland ein Kind – oder noch technischer ausgedrückt: würde sich jeder Erwachsene ein halbes Kind mit einem anderen Erwachsenen teilen, so könnten wir mit den überkommenen Strukturen weiterleben.

In dem Fall trüge jeder Erwachsene gleichmäßig zu den sozialen Sicherungssystemen bei: Er oder sie würde Beiträge zur Sozialversicherung entrichten und gleichzeitig einen Beitrag in Form der Erziehung für die zukünftige Gesellschaft leisten – unsere sozialen Sicherungssysteme überleben nur, wenn auch eine ausreichend große und gut ausgebildete Nachwuchsgeneration heranwächst. Wir hätten zwar trotzdem ein demografisches Problem, aber kein Gleichheitsproblem. Faktisch ist es aber so, dass sich heute die Gesellschaft spaltet, in diejenigen, die ein oder zwei (oder sogar mehr) Kinder haben, und diejenigen, die lebenslang kinderlos bleiben. In einer Situation aber, in der 25 % der

<sup>1</sup> Nach Angaben des Institutes für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (IAB) der Bundesagentur für Arbeit lebten 2013 rund 20 % der Kinder unter 15 Jahren unterhalb der Schwelle der Armutsgefährdung. Das waren 2,11 Millionen Kinder (Tophoven, S./Wenzig, C./Lietzmann, T. (2015): Kinder- und Familienarmut. IAB, S. 7). Die Steigerung auf 20,3 % im Jahr 2016 war insbesondere auf den Zuzug von geflüchteten Kindern und Jugendlichen zurückzuführen (FAZ vom 4.8.2017, S. 17).

<sup>2</sup> Vgl. hierzu ausführlich: Borchert, J. (2013): Sozialstaats-Dämmerung. München, S. 40 ff.

<sup>3</sup> Vgl. Birg, H. (2001): Die demographische Zeitenwende. München, S. 97 ff.





Menschen (oder mehr) auf Dauer kinderlos bleiben, haben diejenigen, die sich für Kinder entscheiden, das Nachsehen auf allen relevanten Märkten – das betrifft Wohnungen, Konsum und Freizeit, aber auch den Arbeitsmarkt, weil sich nur bei Eltern das Problem der Vereinbarkeit stellt.

Gleichzeitig ist unser soziales Sicherungssystem so gestrickt, dass es weitestgehend von der Unterhaltsverpflichtung für Kinder abstrahiert, das heißt Eltern und Kinderlose werden bei den Beiträgen gleich behandelt, obwohl sie verschieden sind. Kinderlose stehen insbesondere in der Rentenversicherung besser da als Eltern, da sie durchgehend erwerbstätig sein können und regelmäßig höhere Rentenanwartschaften erwerben.

Das Sozialversicherungssystem prämiert  
Kinderlosigkeit und gräbt den Familien  
ökonomisch das Wasser ab.

Vom Ausgangspunkt am 1. Juni 1957 bis heute ist der Gesamtsozialversicherungsbeitrag von 23,8 % auf 39,55 % gestiegen. Der wissenschaftliche Beirat beim Wirtschaftsministerium geht von einer weiteren Steigerung bis auf 54 % im Jahr 2040 aus.<sup>4</sup> In den 1950/60er Jahren konnte von einem Durchschnittseinkommen noch eine Familie ernährt und ein Haus gebaut werden. Heute kann von einem sozialversicherungspflichtigen Durchschnittseinkommen nach Abzug von Steuern und Sozialversicherungsbeiträgen nicht mehr das steuerrechtliche Existenzminimum von vier Personen gedeckt werden. Der Deutsche Familienverband erstellt hierzu jedes Jahr eine Übersicht, die dies veranschaulicht.<sup>5</sup>

## II. Der generative Beitrag der Kindererziehung in der Sozialversicherung

Diese Problematik hat das Bundesverfassungsgericht (BVerfG) 2001 erkannt. Es hat in seiner

Entscheidung zur Pflegeversicherung eine verfassungswidrige Gleichbehandlung von Eltern und Kinderlosen in der Sozialversicherung festgestellt. Das Gericht hat aus dem allgemeinen Gleichheitssatz des Art. 3 Abs. 1 GG den Grundsatz abgeleitet, dass die Kindererziehung als ein „generativer Beitrag“ für diejenigen sozialen Sicherungssysteme der Gesellschaft zu bewerten ist, die auf das Nachwachsen einer ausreichenden jungen Generation angewiesen sind: Werde dieser generative Beitrag nicht mehr in der Regel von allen Versicherten erbracht, so führe dies zu einer spezifischen Belastung kindererziehender Versicherter im Pflegeversicherungssystem, deren benachteiligende Wirkung auch innerhalb dieses Systems auszugleichen sei. Die kindererziehenden Versicherten sicherten die Funktionsfähigkeit der Pflegeversicherung also nicht nur durch Beitragszahlung, sondern auch durch die Betreuung und Erziehung von Kindern. Außerdem stellte das Gericht unmissverständlich klar, dass der zwischen Eltern und kinderlosen Personen vorzunehmende Ausgleich durch Regelungen zu erfolgen habe, die die Elterngeneration während der Zeit der Betreuung und Erziehung entlasten, „denn die Beiträge, die von der heutigen Kindergeneration später im Erwachsenenalter auch zugunsten kinderloser Versicherter geleistet werden, basieren maßgeblich auf Erziehungsleistungen ihrer heute versicherungspflichtigen Eltern, die hiermit verbundene Belastung der Eltern tritt in deren Erwerbsphase auf – sie ist deshalb auch in diesem Zeitraum auszugleichen“<sup>6</sup>. Ausdrücklich gab das BVerfG dem Gesetzgeber auf, „die Bedeutung des vorliegenden Urteils auch für andere Zweige der Sozialversicherung zu prüfen“<sup>7</sup>. Der Gesetzgeber hat das Urteil zwar für den Bereich der gesetzlichen Pflegeversicherung umgesetzt, indem Versicherte ohne Kinder einen geringfügig höheren Versicherungsbeitrag entrichten als versicherte Eltern. Er hat jedoch eine Übertragung für die wesentlich wichtigeren Bereiche der gesetzlichen Renten- und Krankenversicherung abgelehnt.<sup>8</sup> Auch das Bundessozialgericht hat bislang die Übertragung dieser Grundsätze auf die Renten- und Krankenversicherung abgewiesen.<sup>9</sup> Eine Verfassungsbeschwerde liegt dem Bundesverfassungsgericht vor.<sup>10</sup>

In der verfassungswidrigen Gleichbehandlung von Eltern und Kinderlosen auf der Beitragsseite in der Renten- und Krankenversicherung liegt eine zentrale und häufig übersehene Ursache für die Armut von Familien. Hier geht es um Summen, die sich auch durch die steuerfinanzierte sogenannte „Familienförderung“ nicht kompensieren lassen. Es ist dringend an der Zeit, dass dies geändert wird, denn die mit der demografischen Entwicklung absehbar weiter steigenden Sozialversicherungsabgaben werden den Familien immer weiter das Wasser abgraben.

<sup>4</sup> Vgl. FAZ vom 30.9.2016, S. 23.

<sup>5</sup> Vgl. <http://www.deutscher-familienverband.de/publikationen/fachinformationen/send/2-publikationen/211-horizontaler-vergleich-2017>

<sup>6</sup> BVerfGE 103, S. 242, 270.

<sup>7</sup> S. o. A.

<sup>8</sup> Vgl. BT-Drucks. 15/4375, S. 4.

<sup>9</sup> Vgl. Bundessozialgericht vom 30.9.2015, Az.: B 12 KR/12 R, und vom 20.7.2017, Az.: B 12 KR 14/15R.

<sup>10</sup> Vgl. Pressemitteilung des Deutschen Familienverbandes vom 1.10.2015.

### III. Die angebliche Lösung: Das Leitbild vollberufstätiger Eltern

Die Lösung, die die Politik derzeit parteiübergreifend vorgibt, ist das neue Leitbild der vollberufstätigen Eltern. Dieses Leitbild wird insbesondere durch das Elterngeld vorgegeben, das in seiner Basisvariante als Lohnersatzleistung für zwölf Monate gezahlt wird, an die sich noch zwei Vätermontate anschließen können. Im Anschluss daran wird ein Rechtsanspruch auf einen Betreuungsplatz in einer Krippe oder bei einer Tagesmutter eingeräumt. Offensichtlich eine Win-win-Situation für alle Beteiligten: Hier treffen die Emanzipationsbestrebungen der Frauen auf den Fachkräftemangel der Wirtschaft, es werden zusätzliche Gelder in die Kassen von Steuerstaat und Sozialversicherungen gespült (wir erleben das gerade), die Familienarmut wird reduziert, wenn beide Elternteile arbeiten, und der Idee nach sollen die Kinder klüger werden, wenn sie frühzeitig in die Kinderbetreuung kommen.

Das neue Leitbild setzt jedoch junge Familien unter einen enormen Druck. Am besten funktioniert es noch in der Ein-Kind-Familie, bei zwei Kindern wird es schon schwierig. Selbst wenn Familien dieses Konzept wählen und gut damit klarkommen, weil sie zum Beispiel in Berufen mit hoher Zeitsouveränität arbeiten oder auf eine Unterstützung durch Großeltern zurückgreifen können, ist es dennoch ungerecht, weil es von der Unterhaltspflicht gegenüber Kindern abstrahiert.

Eltern sollen gegen die ungerechten Strukturen am besten selber anarbeiten. Erst wenn Eltern genau so viel erwerbsarbeiten wie Kinderlose, sind sie zum Beispiel in der Rentenversicherung nicht mehr benachteiligt.

Allerdings haben sie immer noch große Teile ihres Einkommens für den Unterhalt der Kinder zu verwenden – also ist Gleichheit selbst dann nicht hergestellt, wenn alle Elternteile in Vollzeit erwerbstätig sind. Heute hat die Vollberufstätigkeit von Eltern selten etwas mit Freiwilligkeit und Wahlfreiheit zu tun, weil die Strukturen so sind, dass in vielen Fällen beide Eltern erwerbsarbeiten *müssen*.

Das neue Leitbild passt zu zwei Gruppen von Eltern in keinsten Weise, weswegen sie auch in besonderer Weise von Armut betroffen sind. Dies sind einmal die *Alleinerziehenden*, bei denen fast die Hälfte der armen Kinder lebt. In vielen Fällen sind sie ganz allein für die Erziehung und Betreuung der Kinder zuständig und sollen daneben auch noch voll erwerbstätig sein. In der Hälfte der Fälle erhalten sie nicht einmal Unterhalt für ihre Kinder und müssen deren Bedarf auch noch selber erwirtschaften. Auf ihre Einkommen greift der deutsche Staat im internationalen Vergleich in besonders scharfer Weise zu.<sup>11</sup> Die zweite Gruppe ist die der *kinderreichen Familien* – Familien also, die mehr als drei

Kinder haben. Immerhin ein Viertel der Kinder in Deutschland lebt in einer solchen Familie (auch wenn diese Konstellation bezogen auf die Gesamtheit der Familien nur 11 % ausmacht).<sup>12</sup> Diese sind auch in besonderer Weise von Armut betroffen.

Wir leben in einem System der Vergangenheit. Unser Sozialstaat erreicht die Familien nicht mehr, weil immer mehr Mütter berufstätig sind: Die Entlastung durch das Ehegattensplitting nimmt bereits ab, wenn Mütter in Teilzeit arbeiten. Und schon eine Tätigkeit über der 450-€-Grenze führt dazu, dass eigene Krankenversicherungsbeiträge zu entrichten sind. Vollkommen abwegig wäre es auch, in jungen Familien, die schon auf ein (volles) zweites Einkommen verzichten, dem betreuenden Elternteil auch noch zusätzliche Krankenversicherungsbeiträge aufzuerlegen. Für Altehen würde sowieso der verfassungsrechtliche Vertrauensschutz greifen. Das Ehegattensplitting und die beitragsfreie Mitversicherung weisen aber in der Tat auf ein Problem hin: Mit ihnen kann die Kindererziehung in vielen Familienformen nicht mehr berücksichtigt werden: Dies gilt für berufstätige Eltern, selbst wenn sie verheiratet sind, dies gilt für nicht verheiratete Eltern und es gilt für Alleinerziehende. Deshalb muss ein neues, modernes System neben das alte gesetzt werden, dessen Wirkungen – wie gesagt – von selbst auslaufen und aufgrund der gesellschaftlichen Entwicklung zunehmend obsolet werden.

### IV. Endlich Ausgleich schaffen zwischen Menschen mit und ohne Unterhaltspflichten

#### a) Trägerische steuerfinanzierte Entlastungen

Ein modernes System muss sich am Maßstab messen lassen, ob es einen Ausgleich vornimmt zwischen Kinderlosen und Eltern. Ein elementarer Nachteil der Familienförderung, so wie wir sie kennen, nämlich ist:

Familien finanzieren die an sie ausgeschütteten Leistungen über ihre Einkommens- und vor allem Verbrauchssteuern selbst. Vorsichtige Schätzungen kommen auf einen Eigenfinanzierungsanteil von 43,1 %<sup>13</sup>.

Mit steuerfinanzierten Leistungen kann man die Einkommenssituation von Familien nicht verbessern: So hatte die Erhöhung des Kindergeldes um das Sechsfache zwischen 1990 und 2002 von 50 DM auf 154 € die ökonomische Situation der Familien nicht im Geringsten verbessern können, da gleichzeitig die Mehrwertsteuer und die Sozialversicherungsbeiträge erhöht wurden sowie die Mineralölsteuer angehoben und die Ökosteuer eingeführt worden war. Die Einführung des Erziehungsgeldes wurde zum Beispiel durch eine Erhöhung der Mehrwertsteuer, durch den Abbau der Familienzuschläge im öffentlichen Dienst, die Abschaffung der

<sup>11</sup> Vgl. Lenze, A. (2014): Alleinerziehende unter Druck. Gütersloh, S. 58.

<sup>12</sup> 2013 gab es in Deutschland 4,3 Millionen Familien mit einem Kind (54 Prozent), 2,9 Millionen Familien mit zwei Kindern (36 Prozent) sowie 861.000 Familien mit drei und mehr Kindern (11 Prozent). Damit wachsen rund 280.000 Kinder – oder jedes vierte Kind! – in einer kinderreichen Familie auf (vgl. BMFSFJ (2014): Familienreport 2013. Berlin, S. 19).

<sup>13</sup> Vgl. Kupferschmidt, F. (2007): Umverteilung und Familienpolitik. Frankfurt a. M., S. 207.

Wohnungsbauförderung und durch die Verkürzung des BAFÖG vom 27. auf das 25. Lebensjahr gegenfinanziert. Es ist nachvollziehbar, dass Familienarmut auf diese Weise nicht verhindert werden kann.

b) Beitragsgerechtigkeit in der Sozialversicherung Eltern, die gegenwärtig Unterhaltspflichten gegenüber Kindern haben, müssten diese Ausgaben, zumindest in Höhe des steuerrechtlichen Existenzminimums, von der Bemessungsgrundlage abziehen können. Dadurch würden ihre monatlichen Beiträge zur Sozialversicherung sinken, dies müsste gegenfinanziert werden durch diejenigen Beitragszahler, die gegenwärtig noch keine oder keine Ausgaben mehr für Kinder haben. Dies würde Beitragsgerechtigkeit herstellen, weil die Kosten für das Aufwachsen der nächsten Generation nicht länger von den Umlageverfahren ignoriert würden. Die Beitragsgerechtigkeit erfüllt alle Anforderungen an eine moderne Familienpolitik. Sie ist *familienformneutral*, denn sie knüpft sich nicht an die Ehe, sondern entlastet Haushalte von Alleinverdienern, berufstätigen Eltern, Alleinerziehenden und Mehrkindfamilien in der gleichen Weise. So kann der für alle identische Entlastungsbetrag pro Kind bei berufstätigen Eltern je zur Hälfte von deren Einkommen abgezogen werden mit der Folge, dass für beide die Nettoeinkommen gleichermaßen steigen würden. Ein Alleinverdiener könnte den Betrag zur Gänze geltend machen. Alleinerziehende, die vom anderen Elternteil keinen Kindesunterhalt erhalten, was immerhin für die Hälfte der unterhaltsberechtigten Kinder der Fall ist,<sup>14</sup> könnten ebenfalls den gesamten Betrag in Abzug bringen, was ihr Einkommen erheblich aufwerten würde.

Die Beitragsgerechtigkeit ist außerdem *gendergerecht*, weil die Aufteilung der Entlastungswirkung bei berufstätigen Eltern die gleiche Wirkung erzielen und – anders als im Steuerrecht (wegen des dort geltenden progressiven Tarifverlaufes) – die Einkommen von Müttern und Vätern in gleicher Höhe aufgewertet würden. Allgemein wird davon ausgegangen, dass durch die Steuerklassen 3/5 ein negativer Erwerbsanreiz für Ehefrauen ausgeht. Durch die Beitragsgerechtigkeit geschieht das Gegenteil: Müttern bleibt mehr Netto vom Brutto – was in derselben Logik zu einem Erwerbsanreiz führen müsste.

Die Beitragsgerechtigkeit ist auch *sozial*, es würde keine unsoziale progressive Entlastungswirkung eintreten, da in allen Fällen der gleiche Betrag vom zu verbeitragenden Einkommen abgezogen wird und bei einem linearen Beitragssatz pro Kind für jeden Versicherten die gleiche Wirkung einträte.<sup>15</sup> Die Beitragsgerechtigkeit ist ein wesentlicher Baustein im *Kampf gegen die Familienarmut* und verwirklicht daher in besonderem Maße das Sozialstaatsgebot. Die sinkenden Sozialversicherungsbeiträge für Eltern müssten von denjenigen Versicherten kom-

pensiert werden, die gegenwärtig keine Unterhaltspflichten für Kinder tragen.

c) Steuerrechtlicher Freibetrag für Erziehung und Pflege und Zuschlag ohne Erziehung und Pflege Parallel zum Ehegattensplitting könnte Eltern als Option ein Freibetrag für Betreuung eines Kindes angeboten werden. Verheiratete Eltern könnten sich entscheiden zwischen dem Ehegattensplitting und dem Freibetrag. Nicht verheiratete Eltern und Alleinerziehende würden den neuen Betreuungsfreibetrag erhalten. Wenn man dies weiterentwickeln wollte, so könnte man auch noch einen Freibetrag für die Pflege von alten und behinderten Menschen einführen, obwohl ich die Kinderfrage für vorrangiger halte, weil durch die Pflegeversicherung, die im Übrigen ja auch ständig weiterentwickelt wird, die private Pflege durch eine Vielzahl von Leistungen schon berücksichtigt wird. Die Pflege von Kindern wird bemerkenswerterweise nicht von der Pflegeversicherung erfasst, obwohl Kinder offensichtlich auch zu den Personen gehören, die „bei der Körperpflege, der Ernährung oder der Mobilität täglich rund um die Uhr, auch nachts, der Hilfe bedürfen“<sup>16</sup>.

Auch im Arbeits(zeit)recht ließe sich ein steuerfinanzierter Ausgleich für Einkommensausfall wegen Kindererziehung einrichten. Doch hier gilt ebenfalls, dass diese Leistungen so finanziert werden müssten, dass sie nicht von Eltern selbst finanziert werden (etwa durch eine Erhöhung der Verbrauchs- und Einkommenssteuern). Dies kann am besten vermieden werden, indem ein *prozentualer Zuschlag zur Einkommenssteuer für Menschen ohne gegenwärtige Sorge- und Unterhaltspflichten* eingeführt würde. Diese Lösung ist alles andere als eine „Strafabgabe für Kinderlose“<sup>17</sup>. Sie berücksichtigt lediglich die unterschiedliche Leistungsfähigkeit von Menschen mit und ohne Unterhaltspflichten gegenüber Kindern. Die durchschnittlichen privaten Konsumausgaben für Kinder lagen bereits 2008 durchschnittlich bei 593 € bei Paaren mit einem Kind im Westen und bei 425 € bei Paaren mit drei Kindern im Osten. Dabei sind die sogenannten „Opportunitätskosten“ noch nicht berücksichtigt, das heißt die Mindereinnahmen, die entstehen, wenn ein Elternteil die Erwerbstätigkeit aufgibt oder einschränkt. Selbst wenn kinderlose Beitragszahler ab sofort 150 oder 200 € mehr in die Sozialkassen einzahlen müssten, würde sie das nicht gegenüber Eltern benachteiligen.

## V. Fazit

Die umlagefinanzierte Sozialversicherung legt Kinderlosigkeit nahe, weil die Sorge für die ältere Generation im Fall von Krankheit, Behinderung, Pflege und Alter kollektiviert wurde, während die Kosten für die Erziehung der nachwachsenden jun-

<sup>14</sup> Vgl. Hartmann, B. (2014): Unterhaltsansprüche und deren Wirklichkeit. SOEP papers 660, S. 8.

<sup>15</sup> Lediglich nicht versicherungspflichtig Beschäftigte könnten durch diese Reform nicht entlastet werden – ihre Förderung muss aber den sozialrechtlichen Regelungen überlassen bleiben.

<sup>16</sup> Vgl. Pflegestufe 3: § 15 Abs. 1 Nr. 3 SGB XI.

<sup>17</sup> Vgl. ZEIT ONLINE vom 30.9.2015.





gen Generation weitestgehend privat von den Eltern aufgebracht werden. Beitragszahler können sich so in dem trügerischen Gefühl wiegen, dass sie ausreichend vorsorgen, wenn sie monatliche Beiträge abführen. Richtig ist allerdings, dass das Umlageverfahren nur Bestand hat, wenn eine ausreichend große Nachwuchsgeneration geboren, erzogen und gut ausgebildet wird.

Es braucht endlich einen Ausgleich zwischen Menschen mit und ohne Unterhaltspflichten für Kinder im Sozialversicherungs- und Steuerrecht. Damit würden existierende Einkommensüberhänge bei Kinderlosen abgebaut werden und Familien in die Lage versetzt werden, ihren Kindern bessere Bedingungen des Aufwachsens zu verschaffen. Durch die Umverteilung unter den Sozialversicherten würden die ökonomischen Folgen der Kinderlosigkeit ein Stück weit den Kinderlosen zugeordnet. Im derzeitigen System werden diese Kosten durch gleichmäßige Leistungskürzungen auf alle umgelegt – auch auf diejenigen, die für den demografischen Wandel keine Verantwortung tragen.

Ein neuer Ausgleich zwischen Eltern und Kinderlosen würde eine neue Zuordnung von Lebensentwurf und Verantwortung vornehmen.

Es würde Transparenz über das Wesen des Generationenvertrages herstellen und vielleicht

sogar größere Auswirkungen auf die Geburtenrate haben als die steuerfinanzierte Familienpolitik nach dem Gießkannenprinzip.

Aber auch wenn keine Kinder zusätzlich geboren würden, ist dieser Ausgleich zwingend, damit Familien heutzutage ihre Aufgaben erfüllen können. Kinder sind ein kostbares Gut – wir müssen die Bedingungen, unter denen sie derzeit aufwachsen, erheblich verbessern. So gesehen ist „Kinderlosigkeit“ keine moralische, sondern eine *sozioökonomische* Kategorie, die auch auf diejenigen zutrifft, deren Kinder erwachsen sind und auf eigenen Füßen stehen.